

Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2000). Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland. In S. Kreuzberger, I. Mannteufel, A. Steininger, & J. Unser (Hrsg.), *Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion* (S. 211-224). Köln: Verl. Wiss. u. Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217245>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Frank Umbach

Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland

aus:

Stefan Kreuzberger/Ingo Mannteufel/Alexander Steininger/ Jutta Unser (Hrsg.): *Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion.* (= Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 58). Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 2000, S. 211–224;

ISSN 1434-8683

ISBN3-8046-8888-8

Das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa hatte die deutsche Osteuropaforschung weitgehend unvorbereitet getroffen. Obwohl auch in der deutschen Osteuropaforschung wiederholt auf Instabilitäten und einen schleichenden Niedergang der Sowjetunion hingewiesen wurde¹, hat in der Tat in der Ära von Perestrojka und Glasnost² kaum jemand in der deutschen Osteuropaforschung die Implosion der UdSSR und den Zusammenbruch des Warschauer Paktes bzw. des Comecon zu diesem Zeitpunkt erwartet oder gar prognostiziert. Daher konnte der Vorwurf auch nicht überraschen, daß die deutsche Osteuropaforschung trotz ihrer bisherigen unbestreitbaren Erfolge und internationalen Leistungsfähigkeit hier offenbar versagt habe. Allerdings kann dieser Vorwurf durchaus auf die gesamte westliche Osteuropaforschung ausgeweitet werden. Zwar hatte es immer wieder einzelne Stimmen gegeben, die in der einen oder anderen Form einen Zusammenbruch erwartet hatten.² Dennoch hat selbst von ihnen – eine der wenigen Ausnahmen bildete Zbigniew Brzezinski³ – niemand den Zusammenbruch zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form vorausgesehen.

Die kritische Frage nach der Relevanz und Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Theorien und damit verbundenen Prognosen für die Zukunft Osteuropas gilt daher ganz besonders für die politikwissenschaftliche Forschung, deren Forschungsgegenstand vor allem auf die Gegenwart und Zukunft gerichtet ist.⁴ Dieser Kritik kann jedoch andererseits ein durchaus positiver Befund entgegengesetzt werden. Denn die Wissenschaft hat im Zuge des deutschen Einigungsprozesses und insbesondere in dessen Vorfeld durch einen jahrelangen Dialog zwischen Forschung und Praxis ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die politisch handelnde Elite in Deutschland und in den anderen beteiligten Staaten einem weitgehend zutreffenden Bild der komplexen Problemlage der deutschen, europäischen und globalen Dimensionen der Wiedervereinigung folgte.⁵

¹ Zu einigen Beispielen siehe Fritjof Meyer: Nicht die Osteuropaforschung hat versagt . . . , in: *Osteuropa*, 2/1998, S. 173–177.

² Vgl. den sowjetischen Dissidenten Andrej A. Amalrik: *Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Ein Essay.* Zürich 1970. Amalrik hatte zwar einen Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme erwartet, war jedoch von einem langen Krieg der UdSSR mit China ausgegangen. Der in Europa nachlassende sowjetische Druck würde dann zur deutschen Wiedervereinigung und der Abwendung der mittelosteuropäischen Länder von der UdSSR führen. Der darauf folgende Sturz des kommunistischen Regimes in der UdSSR hatte in seinem Szenarium eine „unvermeidliche Entimperialisierung“ zur Folge, die in Anarchie, Gewalt und nationalem Haß enden würde.

³ Siehe sein Buch: *The Grand Failure. The Birth and Death of Communism in the Twentieth Century.* New York 1989.

⁴ Eine abgewogene Bilanz der politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit bieten Gisela Riescher/Raimund Gabriel: *Die Politikwissenschaft und der Systemwandel in Osteuropa.* München 1993. Zur Problematik siehe auch Klaus von Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa.* Frankfurt/M. 1994.

⁵ Darauf weist zu Recht hin Klaus Becher: *Praxisorientierte Forschung zur internationalen Politik und Sicherheit in Deutschland. Perspektiven für die Forschung.* Ebenhausen, SWP-AP 3069, Mai 1998, S. 18.

Mehr noch als die Fragen, die sich aus dem unmittelbaren Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in Osteuropa ergeben, haben in jüngster Zeit die angespannte Haushaltslage und die Veränderung der außen- sowie sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen seit 1989 zur kritischen Reflektierung geführt, die sich in einem „Gutachten über die Koordinierung und Rationalisierung der Aktivitäten des Bundes im Bereich der Ostforschung“ niedergeschlagen hat. Mit der bevorstehenden Verlagerung von Bundesregierung, Bundestag und Ministerien nach Berlin sollte mit diesem – in vielerlei Hinsicht problematischen – Gutachten auch die praxisorientierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der internationalen Politik und damit auch Osteuropas verbessert sowie hierfür das Verhältnis von Leistungsfähigkeit und Mittelaufwand der öffentlichen Hand neu bestimmt werden. Dies erforderte zugleich die Festlegung neuer Akzente und Prioritäten. Im Mittelpunkt stand hier keineswegs nur die Vermeidung von „Doppelforschung“ und die unter dem Diktat der Kostenminderung forcierte Untersuchung von Einsparmöglichkeiten und Kürzungen. Da man in den verschiedenen Ministerien, dem Bundeskanzleramt und dem Bundestag mit dem jeweiligen Informationsbedarf und insbesondere der Aufbereitung (häufig zu weitschweifig, akademische Verspieltheit, kaum Darlegung möglicher politischer Optionen und Empfehlungen usw.) unzufrieden war, sollte vielmehr die politikberatende Forschung – auch im unmittelbaren Sinne von Politikberatung als „Rationalisierung politischer Entscheidung“⁶ und „wissenschaftlicher Informationsdienstleistung“ – stärker auf die für die politische Praxis brauchbaren Entscheidungshilfen ausgerichtet sein. So wurde nicht zu Unrecht kritisiert, daß die praxisorientierte politikwissenschaftliche Forschung auch 1997 – drei Jahre nach der grundsätzlichen politischen Richtungsentscheidung einer NATO-Öffnung nach Osten – kaum konkrete Vorschläge für die angestrebten NATO-Kooperationsprogramme mit den osteuropäischen Partnerstaaten und mit Rußland erarbeitet habe und statt dessen noch immer über die Zweckmäßigkeit der Grundlagenentscheidung debattiert werde.⁷

In der Tat wurden bereits die seit Januar 1992 erarbeiteten Kooperationsprogramme mit den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten im Rahmen des NATO-Kooperationsrates primär im politischen und militärischen Hauptquartier in Brüssel und Mons sowie in den Ministerien der Hauptstädte erarbeitet, ohne daß auf deutscher Seite umfassendere Vorschläge der praxisorientierten Forschungsinstitutionen hierzu erarbeitet wurden. Lediglich einzelne Experten dieser Forschungsinstitute hatten auf unterschiedlichen Art und Weise hierzu beigetragen.

Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Überlegungen zur Zukunft der „Ostforschung“ und der politikberatenden Institutslandschaft auch der unmittelbare Nutzen der Forschungsergebnisse für die konkreten Aufgaben der einzelnen Ressorts der Bundesregierung und des Parlaments untersucht. Das Ziel war somit, diese angesichts zahlreicher neuer Aufgaben und Prioritätensetzungen für die deutsche Außenpolitik erheblich zu verbessern. Der ehemalige Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes in Bonn, Klaus-Peter Klaiber, hatte hierbei 1996 kritisch angemerkt:

Ich will nicht in Frage stellen, daß Deutschland insgesamt eine leistungsfähige universitäre und außeruniversitäre Forschungslandschaft hat. Aber die Zahl derjenigen, die sich in Deutschland in der Politikwissenschaft mit Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik befassen, ist nicht sehr groß. Nicht viele Politikwissenschaftler befassen sich mit Osteuropa, obwohl Osteuropa für uns ein wichtiger Partner ist. Nur wenige Experten befassen sich mit den politischen Problemen im Mittelmeer-Raum, im Magreb oder in Zentralasien. Wir müssen uns deshalb selbstkritisch die Frage

⁶ Siehe Josef Janning: Anforderungen an die Denkfabriken, in: Internationale Politik, 9/1996, S. 65.

⁷ Vgl. auch die bereits 1996 geäußerte Kritik des ehemaligen Leiters des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, Klaus-Peter Klaiber: Politikberatung auf dem Prüfstand. Zielvorgabe: Aktualität, Praxisnähe und Durchsetzbarkeit, in: Internationale Politik, 9/1996, S. 64. Die Beschränkung auf die Analyse der Umsetzungsmodalitäten getroffener Richtungsentscheidungen entspricht allerdings kaum dem Selbstverständnis der entsprechenden Forschungsinstitute und dürfte auch nicht im langfristigen Interesse der gestaltenden Politik sein – vgl. hierzu Becher, Praxisorientierte Forschung [Fn. 5], S. 31f. – Matthias Bauermeister: New Demands on German Foreign Policy Think Tanks, in: NIRA Review, Winter 1998, S. 34. Gleichwohl ist der oben erhobene Vorwurf von Klaus-Peter Klaiber nicht unberechtigt.

stellen, ob Deutschland in der politikwissenschaftlichen Forschung die richtigen Themen besetzt und die nötige Tiefe und Breite hat.⁸

In diesem Zusammenhang skizzierte er auch wesentliche Parameter der zukünftigen politikwissenschaftlichen Forschung aus Sicht des Bedarfsträgers:

Die Forschung soll und muß unabhängig bleiben, sie muß aber auch politik-nah sein, ein zugegebenermaßen schwieriger Mittelweg. Politikberatung synthetisiert die historischen, wirtschaftlichen, politischen Handlungsoptionen. Die Verantwortung tragen die Ministerien als Nachfrager und die Politikberater als Anbieter gemeinsam.⁹

Die neue Aufgaben- und Prioritätensetzung aus Sicht der „Nachfrager“ bildete auch ein wesentliches Motiv für die geplante Verlagerung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen und des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln nach Berlin, wobei beide unter dem Dach der SWP vereinigt werden. Diese Beschlüsse der im April 1997 eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundeskanzleramtes lassen erkennen, daß die praxisorientierte Forschung zu den Themen Internationale Politik und Sicherheit – und damit auch Osteuropas – vor einschneidenden Veränderungen steht, die sich nicht allein auf diese und ähnliche Forschungsinstitute beschränken, sondern auch Auswirkungen auf die Reform und Neustrukturierung der Hochschulen hat, hierbei namentlich auf die politikwissenschaftlichen Fachbereiche.

Die damit verbundenen weitreichenden Veränderungen, wenngleich eher evolutionär als revolutionär, sind in ihrer ganzen Tragweite gleichwohl noch nicht zu überschauen. Dennoch sollen mit diesem Artikel einige mögliche Schwerpunktverlagerungen und Neuausrichtungen skizziert und problematisiert werden. Insofern steht die derzeitige Neuausrichtung der politikwissenschaftlichen Forschung Osteuropas eher erst am Anfang als am Ende eines derartigen Reformprozesses.

Veränderte Rahmenbedingungen nach 1991

Mit der Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen nach Ende des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Wiedervereinigung sind zugleich zahlreiche neue Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik entstanden. Die Frage nach den nationalen deutschen Interessen in einem zusammenwachsenden Europa mit stetiger Verdichtung der Integration in Richtung Supranationalität bei der Europäischen Union und einer zunehmend interdependenten Welt transnationaler Verflechtungen und Vernetzungen haben zahlreiche Koordinaten der deutschen Außenpolitik zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, wohl aber deren Gewichtung zueinander, während gleichzeitig neue Aufgabenfelder hinzugekommen sind (z.B. die Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur asiatisch-pazifischen Region).¹⁰ Die sich neu herausbildenden Strukturen auf regionaler und vor allem globaler Ebene verringern die Gestaltungsräume und -möglichkeiten nationaler Politik von Regierungen und Parlamenten. Sie erhöhen damit den Modernisierungsdruck auf Staaten, Gesellschaften und ihre politischen sowie sozial-ökonomischen Systeme und werfen insbesondere bei Beschlüssen internationaler Organisationen zahlreiche Fragen hinsichtlich der demokratischen Rückkoppelung und Kontrolle auf.¹¹ Damit nimmt die Abhängigkeit

⁸ Vgl. Klaiber, Politikberatung [Fn. 7], S. 63.

⁹ Ebd.

¹⁰ Siehe auch Otto Wolff von Amerongen: Ost-West-Beziehungen neu gedacht. Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die deutsche Osteuropaforschung in einem erweiterten Europa, in: Osteuropa, 6/1997, S. 521–530.

¹¹ Siehe hierzu auch Karl Kaiser: Globalisierung und Demokratie, in: Internationale Politik, 4/1998, S. 3–11.

der politischen Agenda einzelstaatlicher Politik sowie nationaler Interessenausübung in internationalen Organisationen von äußeren Faktoren ständig zu, was einer verstärkten und kontinuierlichen Abstimmung mit Partnerstaaten bedarf (insbesondere in EU, NATO, OSZE usw.).

Diese Prozesse beschränken sich dabei keineswegs nur auf die Wirtschaftspolitik. Auch Prozesse der Globalisierung von Außen- und Sicherheitspolitik und die daraus resultierende Notwendigkeit zu einem globalen sicherheitspolitischen Denken stellen neue Anforderungen an die Handlungsspielräume und -optionen nationalstaatlicher Politik.¹² Die sich so ergebende Notwendigkeit zu einem ausbalancierten Verhältnis einer nationalen und multilateralen Interessen- und Aufgabenwahrnehmung gilt vielleicht für keinen anderen Staat in Europa mehr als für Deutschland, dessen Geschichte, geographische Lage und wirtschaftliches sowie politisches Gewicht zu besonderer Sensitivität und abgestimmtem politischem Agieren mahnen.

Diese neuen Rahmenbedingungen wirken sich auch auf die deutsche Osteuropaforschung in vielfältiger Weise aus, die sie vor zahlreiche neue Anforderungen stellen,¹³ ohne daß mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig zwingen sie sie zu einer kritischen Selbstreflexion und Standortbestimmung. So mußte die traditionelle Focussierung auf die Sowjetunion bzw. Rußland gegenüber der Notwendigkeit verstärkter Forschung und Analyse der Nachfolgestaaten auf dem Territorium der UdSSR neu austariert werden, auch wenn Rußland weiterhin ein strategisches Gravitationszentrum für die europäischen und internationalen Beziehungen bleiben wird. Dieses Umdenken war ein mühevoller Prozeß sowohl für die Osteuropaforschung als auch für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik seit 1991, was zunächst einen erheblichen Bewußtseinswandel gegenüber den neuen Aufgaben und Notwendigkeiten erforderte und auch zukünftig von einem ständigen Lernprozeß begleitet sein muß. Hierzu gehört nicht zuletzt die verstärkte Entwicklung von Empathie gegenüber den Bedürfnissen und Perzeptionen der neuen Eliten in den osteuropäischen Ländern und namentlich derjenigen in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Dies war zuweilen ein mühevoller und sogar frustrierender Prozeß, den der Autor selbst 1992 bei seiner Arbeit im Büro des NATO-Generalsekretärs im Zusammenhang der Ausarbeitung und Implementierung der ersten Kooperationsprogramme mit den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten nach Bildung des NATO-Kooperationsrates im Dezember 1991 beobachten konnte.

Während dieser politische Prozeß der Annäherung an und Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten in europäische, atlantische und globale Institutionen sowie Organisationen trotz aller Probleme auf beiden Seiten auch in der Retrospektive durchaus auf beachtliche Erfolge verweisen kann, so schien die westliche Osteuropaforschung zuweilen den Anschluß an die neue politische Entwicklung beinahe zu verschlafen. Dies galt vielleicht weniger für die amerikanische Osteuropaforschung, die bereits ab 1990/91 relativ schnell Ressourcen und Forschungsschwerpunkte auf die veränderten Rahmenbedingungen umorientieren konnte.¹⁴ Die deutsche Osteuropaforschung schien sich da zunächst schwerer zu tun. Dies hatte vielleicht nicht nur mit ihrer – im Vergleich zu den USA – größeren Bedeutung für die deutsche Außenpolitik zu tun, da die USA in ihrem Denken als Supermacht traditionell eher geopolitisch ausgerichtet waren, und entsprechend waren auch andere Regionalwissenschaften sehr viel stärker entwickelt. In Deutschland spielten zusätzlich die größere Bürokratisierung, eingeschliffene Zustände und eine damit verbundene Inflexibilität bei der Neuausrichtung der Aufgaben und Ressourcen eine wesentliche Rolle, was insbesondere auch für die deutsche Hochschullandschaft konstatiert werden muß.

¹² Zu einigen Beispielen siehe u.a. F. Umbach: Aufrüstung in Ostasien. Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, in: *Internationale Politik*, 5/1998, S. 31–36.

¹³ Siehe auch Heinrich Vogel: Neue Aufgaben für die politikbegleitende Osteuropaforschung – Thesen, in: *Osteuropa*, 1/1991, S. 78–80.

¹⁴ Vgl. Robert T. Huber/Susan Bronson: The August Revolution and Soviet Studies, in: Frederic J. Fleron, Jr./Erik P. Hoffmann (Eds.): *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*. Boulder u.a. 1993, S. 191–202.

Auswirkungen der Globalisierung

Die Reform der deutschen Universitäten und Fachhochschulen hat inzwischen erste Fortschritte zu verzeichnen. So sollen die Hochschulen zukünftig um die jeweiligen staatlichen Leistungen und Zuwendungen konkurrieren. Auch scheinen sich die Hochschulen selbst zu einem effizienteren Wettbewerb um öffentliche Mittel zu bekennen. Und sicherlich sind die bisher entwickelten Systeme leistungsbezogener Budgetierung nicht der Weisheit letzter Schluß. Doch sollte sich niemand darüber Illusionen machen, daß diese dringend notwendigen Reformen die über Jahrzehnte verfestigten Strukturen als Resultat einer Gemengelage von Einzelinteressen und erstarrten Institutionen an den deutschen Hochschulen quasi über Nacht grundlegend verändern können. Auch scheint bei den Strukturreformen zuweilen noch immer ein seltsames Verständnis von Rationalisierung und Effizienzsteigerung vorzuherrschen, das sich weniger von marktwirtschaftlichen Kriterien (wie der Steigerung des Wettbewerbs) als von „planwirtschaftlichen Willkürthaten“ leiten läßt.¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, nicht das eigentliche Ziel der Hochschulreformen aus dem Auge zu verlieren. Die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Hochschulen muß weniger die nationale Ebene im Auge haben als vielmehr die internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Auch die deutsche Osteuropawissenschaft und die Politikwissenschaft an den Hochschulen muß sich den zahlreichen neuen Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung stellen – auch wenn diese nur bedingt erkennbar sind.

Auch hier wird sich der bereits einsetzende Wettbewerb zwischen den deutschen Universitäten und damit auch der jeweiligen Fachbereiche in den nächsten Jahren und Jahrzehnten schnell auf die internationale und insbesondere europäische Ebene ausweiten. Mit anderen Worten: Die deutschen Universitäten werden auf internationaler Ebene um Studenten, Wissenschaftler, Dozenten und nicht zuletzt um Finanzmittel konkurrieren müssen. Im Gegensatz zu früher werden zukünftig Vorlesungen und Seminare nicht länger nur an den Hochschulen abgehalten und genutzt, sondern von Wissenschaftlern und Professoren aus aller Welt durch elektronische Netze angeboten. Zudem werden Professoren und Dozenten ihre Veranstaltungen nicht nur in deutscher Sprache abhalten können, so wie sie weitaus mehr als bisher ihre Publikationen in englischer Sprache verfassen müssen, um international beachtet zu werden. Auch hierbei läßt sich nach wie vor ein Manko in der deutschen Osteuropaforschung und zuweilen auch in der Politikwissenschaft feststellen.

Unter diesen Vorzeichen der Internationalisierung und Globalisierung werden die Universitäten auch verstärkt eigene mit externen Bildungsangeboten zu multi- und interdisziplinären, bedarfsgerechten und auch nachfrageorientierten Studienangeboten kombinieren müssen, wenn sie auf Dauer international wettbewerbsfähig sein wollen. In dieser Hinsicht sind die Herausforderungen gewaltig, wenn man sich vor allem amerikanische Hochschulen zum Vorbild nimmt. Denn der Börsenboom der vergangenen sieben Jahre hat Millionen von Amerikanern hohe finanzielle Gewinne beschert, die den privat geführten Hochschulen in den USA zusätzlich zugute kamen. So hat sich allein das Börsenvolumen der US-Universitäten im akademischen Jahr 1996/97 um umgerechnet 48,2 auf 267,8 Milliarden Mark erhöht. Heute verfügen mehr als 25 Universitäten über Rücklagen von mehr als einer Milliarde Dollar, welche die finanzielle Grundausstattung kontinuierlich verbessern.¹⁶ Diese werden für neue ehrgeizige Forschungsprojekte ebenso verwendet wie für die Rekrutierung namhafter Wissenschaftler und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.¹⁷

Auch wenn natürlich nicht alle Bedingungen und Strukturen von amerikanischen Universitäten auf deutsche übertragbar (wünschenswert) sind, so müssen sich dennoch die deutschen Hochschulen auf

¹⁵ Vgl. Karen Horn: Den Hochschulen fehlt Wettbewerb, in: FAZ, 20.6.1998, S. 13.

¹⁶ Vgl. Michael Braun: Goldenes Zeitalter für US-Unis, in: Die Welt, 18.5.1998, S. 1.

¹⁷ So wurde unlängst der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Robert Barro mit einem beispiellosen Jahresgehalt von 300 000 Dollar neben Wohnung und Mitarbeiterstab von der Harvard- zur Columbia-University abgeworben – vgl. ebd.

einen verschärften internationalen Konkurrenzkampf einstellen. Dies gilt auch gegenüber amerikanischen Einrichtungen, seien es Hochschulen oder Forschungsinstitute.

Darüber hinaus wird die Verbindung von Lehre und Praxisbezug – gerade auch für die politikwissenschaftliche Forschung – stärker als bisher in den deutschen Geisteswissenschaften beachtet werden müssen. So sollten die an Hochschulen erzielten wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Zukunft vermehrt öffentlichkeitsgerecht und publikumswirksam vermittelt werden. Die zunehmende Verwissenschaftlichung vieler Lebensbereiche hat zwar einerseits eine verstärkte Nachfrage nach wissenschaftlicher Kompetenz zur Folge. Doch muß diese auch für die breitere Öffentlichkeit nutzbar sein. Nicht ein „Elfenbeinturmdenken“, sondern die Fähigkeit zur Kommunikation und Vermittlung sowie Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis wird über die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft im 21. Jahrhundert entscheiden.

Dieses Postulat gilt keineswegs nur für die Natur-, sondern auch für Geisteswissenschaften. Die damit verbundenen Anforderungen zwingen zur Annäherung – und nicht Abgrenzung – zwischen Wissenschaft, breiter Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft. Hieraus folgt, daß der für die Politikwissenschaft zuweilen besondere Hang zu Praxisferne und vor allem sprachlicher Abschottung zumindest dann aufgegeben werden muß, wenn eine verstärkte Kommunikation mit Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft stattfinden und geleistet werden soll.

Angesichts der deutschen Tradition, Forschung und Lehre sowie gestaltende Politik eher funktional voneinander zu trennen und kaum Karrieremöglichkeiten für Experten zu eröffnen, die im Laufe ihres Berufsweges sowohl wissenschaftliche Einrichtungen (einschließlich Universitäten) als auch Institutionen der praktischen Politik (z.B. Ministerien) durchlaufen und somit in der Lage sind, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden und ihre Erfahrungen dann an die jüngere Generation weiterzugeben, stehen auch hier tradierte und überholte Rahmenbedingungen in Deutschland der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Weg. Zwar gibt es inzwischen einzelne Versuche, diese zu durchbrechen – das Auswärtige Amt bietet beispielsweise einzelnen Wissenschaftlern praxisorientierter Forschungsinstitute die Möglichkeit einer temporären Verwendung an –, doch nur die Öffnung der jeweiligen Laufbahnwege in Forschung und praktischer Politik wird auf Dauer die gegenseitige Durchdringung sowie Befruchtung fördern und damit die Leistungsfähigkeit deutscher Forschungsinstitute und Hochschulen erhöhen. Die daraus resultierende Entlassung aus bestehenden Bindungen des Beamtenrechts und die damit verbundenen Anpassungen des Arbeitsrechts an die spezifischen Bedingungen der Hochschule und der Wissenschaft müssen daher an der Notwendigkeit einer dringenden Flexibilisierung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen ausgerichtet werden.

Auch die geringen Fortschritte in den Bemühungen, mehr ausländische Studenten (mit Ausnahme solcher aus Osteuropa) an deutsche Universitäten zu locken, spiegeln derzeit die geringe Konkurrenzfähigkeit deutscher Hochschulen im internationalen Maßstab wider. Dies ist um so bedauerlicher, als zurückkehrende ausländische Studenten auch Botschafter Deutschlands sind – im positiven wie im negativen Sinn. Daher müssen sich die Hochschulen um Studenten aus dem Ausland bemühen, statt bürokratische und sonstige Hürden (etwa die Abfassung von schriftlichen Seminararbeiten ausschließlich in deutscher Sprache) aufzubauen.

Zudem ist der Hinweis zwar richtig, daß nach wie vor die Notwendigkeit besteht, auf bundesdeutscher Ebene verschiedenste Rahmenbedingungen – z.B. durch die Reform des Hochschulrahmengesetzes – für eine gerechte Konkurrenz zu schaffen. Dennoch gilt es vor allem, die Autonomie, Flexibilität und damit den Wettbewerb sowie die Profilbildung der einzelnen Hochschulen wie auch der jeweiligen Fachbereiche deutlich zu steigern.¹⁸

Damit steht Deutschland vor gewaltigen und einschneidenden Veränderungen im Wissenschaftsbereich, da die Umorientierungen in Zeiten knapper Kassen und der damit verbundenen

¹⁸ Siehe dazu auch Peter Danylow: Osteuropäische Regionalstudien oder Orchideenfach? Praktische Perspektiven für die deutsche Osteuropaforschung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, in diesem Band, S. 252ff.

Erschwerung des Ausgleiches zwischen den jeweiligen Partikularinteressen besonders schwerfallen. Ein weiteres Aufschieben derartiger Reformen wird sich jedoch weiterhin negativ auf die internationale Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschulen auswirken. So wünschenswert und notwendig die Aufstockung von finanziellen und personellen Ressourcen hierbei auch ist, die grundsätzliche Reformnotwendigkeit wird sich darin kaum erschöpfen dürfen.

Hieraus ergibt sich die Frage nach der Politik, nach Verantwortung und Selbstverständnis der deutschen Universitäten. Ein kompromißloser oder auch nur hinhaltender Widerstand gegen jene von oben neu gesetzten Rahmenbedingungen, die schließlich nur auf die Fixierung des Status quo zielen, ist hierbei nicht nur wenig realistisch angesichts der Abhängigkeit von öffentlichen Geldern, sondern letztendlich kontraproduktiv. Die Einsicht in die Notwendigkeit, alte Zöpfe abzuschneiden und neue Schwerpunkte mit einem zum Teil geringeren Mittelaufwand zu setzen, muß in eine aktive (und nicht nur reaktive) Strategie der Beeinflussung öffentlicher und privater Geldgeber münden. Nur so kann die Wahrung eigener Interessen auf Dauer gestaltet, kanalisiert und institutionalisiert werden.

Praxisorientierte politikwissenschaftliche Erforschung Osteuropas

Bei der Diskussion über die Zukunft einer praxisorientierten politikwissenschaftlichen Forschung im Bereich Internationale Politik und der deutschen „Denkfabriken“ dürfen auch hier nicht die internationalen Dimensionen übersehen werden. Seit Anfang der 1990er Jahre haben nicht nur deutsche Forschungseinrichtungen über Einsparungen von Ressourcen, einen zunehmenden Konkurrenzkampf und -druck sowie einschneidende Veränderungen bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzquellen zu klagen. Vielmehr lassen sich auch in zahlreichen anderen Ländern, einschließlich der USA, ähnliche Entwicklungen beobachten. So ist das frühere „Mäzenatentum“ praktisch ausgestorben. Die finanzielle Unterstützung für Forschungseinrichtungen als solche von privater Seite geht eher zurück, während sie für konkrete projektbezogene Forschungsvorhaben tendenziell zunimmt. Dies erklärt sich auch aus der wachsenden Komplexität der internationalen Beziehungen und ihren Auswirkungen auf die jeweilige Staats- und Unternehmenspolitik, die einerseits einen erhöhten Beratungsbedarf für spezifische Aufgaben nach sich ziehen, andererseits die Anforderungen an die politikberatende Forschung immer kurzfristiger werden lassen.

Diese strukturellen Veränderungen auf Seiten öffentlicher und privater Finanzgeber bedingen die Notwendigkeit, die finanzielle Unterstützungsgrundlage der Forschungsinstitute mehr und mehr zu diversifizieren und auch alternative Quellen der Finanzierung zu erschließen. In Deutschland ist hierbei jedoch ein wesentlicher Unterschied zu zahlreichen anderen Ländern in Westeuropa oder zu den USA zu beachten: Die wenigen unabhängigen Forschungsinstitute der praxisorientierten politikwissenschaftlichen Forschung müssen mit den von den politischen Parteien finanzierten eigenen Stiftungen und ihren Netzwerken sowie den von Bund und Ländern getragenen Forschungseinrichtungen konkurrieren, deren Finanzausstattung ungleich besser ist. Hieraus ergeben sich für die unabhängigen Forschungsinstitute zusätzliche Probleme, insbesondere dann, wenn die ohnehin von öffentlichen Geldgebern finanzierten Einrichtungen sich zukünftig ebenfalls verstärkt um Drittmittel bemühen sollten und damit die Konkurrenz für die finanziell benachteiligten unabhängigen Forschungseinrichtungen mit fehlender oder nur geringer Unterstützung der öffentlichen Hand noch größer wird. Damit steht zu befürchten, daß einem Denken in Besitzständen bis hin zum Lobbyismus tendenziell Vorschub geleistet wird, was eine unabhängige Orientierungsleistung als Lotsenfunktion für die gestaltende Politik zunehmend erschwert.

Politikorientierte Forschung im weiteren und Politikberatung im engeren Sinn erfordern in der Tat beides – kommunikative Nähe zur Politik als auch kritische und wissenschaftliche Distanz.¹⁹ Daher ist

¹⁹ So zu Recht Janning, Denkfabriken [Fn. 6], S. 65.

die finanzielle Unterstützung unabhängiger Forschungseinrichtungen, sei sie von öffentlichen oder privaten Geldgebern, auch weiterhin von zentraler Bedeutung und liegt im förderungswürdigen öffentlichen Interesse. Dies gilt um so mehr, als die völlige Abstützung auf alternative Finanzierungsformen in Deutschland nach wie vor unmöglich ist. Dies hängt – abgesehen von bestimmten Strukturen (wie z.B. dem Steuerrecht) – nicht zuletzt mit einem nach wie vor unzureichendem Bewußtsein in Öffentlichkeit und Wirtschaft hinsichtlich der zunehmenden Bedeutung der Globalisierungsprozesse und damit der internationalen Beziehungen für die deutsche Politik zusammen.²⁰

So bildet die außen- und sicherheitspolitische Forschung eine zentrale Voraussetzung für die deutsche Mitgestaltung sowie Interessenswahrnehmung im internationalen Umfeld und ist daher nicht nur allgemein finanziell förderungswürdig, sondern im strategischen Interesse der deutschen Politik. Schließlich muß bereits die politikwissenschaftliche Ausbildung an den Hochschulen und später an den praxisorientierten politikwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen die Aufgaben,²¹ Funktionen und zusätzlichen Anforderungen an die Vermittlung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse für die gestaltende Politik verbessern. Denn nur, wenn die Aspekte der Aktualität und Durchsetzbarkeit (Kenntnisse der administrativen Vorgänge und Entscheidungsprozeduren) sowie die Aufgabe der Vermittlung wissenschaftlicher Expertise beachtet werden, sind politikwissenschaftliche Analysen auch für politische Entscheidungen gestaltender Politik relevant.

Die Vermittlung politikbezogener Forschung wird damit zum zentralen und integralen Bestandteil des jeweiligen Arbeitsprozesses. Die politikwissenschaftliche Ausbildung von zukünftigen Experten, die im Rahmen derartiger praxisorientierter Forschung arbeiten, darf daher nicht nur auf den Erwerb spezifischer Fachkenntnisse von Ländern, Regionen und Sachgebieten ausgerichtet werden, sondern muß auch die umfassende Kenntnis der eigenen Politik und Entscheidungsmechanismen sowie der entsprechenden Prozeduren mit einschließen.

Das bisherige Nebeneinander von Generalisten und Spezialisten in den praxisorientierten Forschungsinstitutionen war sicherlich eine wertvolle Voraussetzung für deren Leistungsfähigkeit. Die zukünftige Ausbildung von Experten sogenannter Denkfabriken wird jedoch verstärkt beides gleichzeitig leisten müssen: die Ausbildung von Spezialisten mit einer profunden Sachkenntnis des Generalisten sowie Experten der westlichen Politik.²² Denn nur dann wird dieser Experte in der Lage sein, praxisorientierte Analysen im weiteren Sinne und Politikberatung im engeren Sinne zu leisten. Dies gilt insbesondere für das Aufzeigen politischer Handlungsoptionen und Empfehlungen politischen Gestaltens im Hinblick auf die eigene Politik, was häufig nach wie vor gescheut wird. Eine solche Ausbildung kann jedoch nur an den Hochschulen geleistet werden, wo Professoren und Dozenten selbst über einschlägige Erfahrungen verfügen und diese an die zukünftige Generation von Experten in der praxisorientierten politikwissenschaftlichen Forschung weitergeben.

Zur politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung

Die hier aufgezeigten Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen nach 1991 haben somit für die Osteuropaforschung und besonders für die politikwissenschaftliche Untersuchung zahlreiche neue Aufgabenfelder eröffnet, die weit über das hinausgehen, was zunächst unmittelbar nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme an zukünftigen Aufgabenstellungen für notwendig erachtet worden ist.²³ Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit für

²⁰ Vgl. Becher, Praxisorientierte Forschung [Fn. 5], S. 13.

²¹ Siehe hierzu näheres: ebd., S. 19ff.

²² Siehe hierzu auch: ebd., S. 21.

²³ Vgl. Vogel, Neue Aufgaben [Fn. 13]. – Arnold Buchholz: Künftige Aufgaben der Osteuropaforschung, in: Osteuropa, 2/1991, S. 160–174. – Helmut König: Nochmals: Probleme und künftige Aufgaben der Osteuropaforschung, in: Osteuropa, 12/1991, S. 1218–1226. – Erhard Crome: Osteuropaforschung und politikwissenschaftlicher Vergleich, in: Osteuropa, 8/1992, S. 713–717. – Gerhard

eine historisch orientierte sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung, einerseits eine kritische Selbstreflexion und Standortbestimmung wahrzunehmen, andererseits aufgrund einer noch hierfür weitgehend zu leistenden Generaldebatte die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Die sowohl andauernde als auch neuerdings wieder aufgeflamte Diskussion über die Nützlichkeit der Totalitarismustheorie gegenüber zahlreichen neueren sozialwissenschaftlichen Theorien spiegelt die Schwierigkeiten der deutschen Osteuropaforschung auf diesem Wege in gewisser Weise wider. Man kann sich dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß auf der einen Seite eine derartige kritische Selbstreflexion – eine Art „Vergangenheitsaufarbeitung“ der Osteuropaforschung – häufig nicht erwünscht ist, während auf der anderen Seite sich zahlreiche Vertreter bestimmter Denkschulen anscheinend von einem selbstkritischen Wissenschaftsverständnis gelöst haben. Anders ist kaum die Dogmatik und Unversöhnlichkeit der jeweiligen Denkschulen in der Theoriedebatte zu verstehen.

In der Tat kann man zahlreichen Vertretern neuerer sozialwissenschaftlicher Ansätze zum Teil vorwerfen, daß sie die „konspirative Grundstruktur stalinistischer Herrschaft“²⁴ häufig unterschätzt und dafür die innenpolitische „Stabilität“ überschätzt haben. Dabei mögen sie auch einem gewissen „Zeitgeist“ gefolgt sein. Auf der anderen Seite ist es jedoch völlig unzulässig, alle alternativen Denkschulen zur Totalitarismusforschung einfach pauschal abzuqualifizieren.²⁵ Zwar ist es richtig zu betonen, daß viele neuere theoretische Ansätze sozialwissenschaftlicher Untersuchungen – basierend z.B. auf „bürokratischen Modellen“ oder komplementären „organisations-soziologischen Ansätzen“ – seit den 1960er Jahren aus der Analyse westlicher Gesellschaften übernommen und auf sozialistische Staaten oft unkritisch übertragen wurden. Dennoch: weder der „Totalitarismus“-Ansatz mit all seinen Schwächen und einer mangelnden Erklärungsreichweite noch neuere sozialwissenschaftlichen Ansätze, einschließlich sogenannter Modernisierungstheorien, können wissenschaftstheoretisch als unfruchtbar bewertet werden.

Auch die neuen Interpretationsschulen haben unsere Kenntnisse und Erklärungsversuche wesentlich bereichert. Denn diese Ansätze haben eine mehr traditionelle, institutionelle historische Sicht in Gestalt des Begriffs „Bürokratie“ mit der modernen, verhaltens- und sozialwissenschaftlichen Organisationsforschung verbunden. Ähnliches gilt für die Eliten- und Interessengruppenansätze oder sogenannte Mischansätze (z.B. jenen des „institutionellen Pluralismus“ von Jeffrey Hough). Sie haben wesentlich zum Verständnis der gesellschaftlichen Differenzierungen in der Partei und im Staatsapparat sowie anderer bürokratischen Institutionen beigetragen. Dies gilt aber auch für Fragen des Integrationsgrades von nationalen und multilateralen Institutionen und Organisationen sowie der Bedeutung der Informationssituation von Entscheidungsträgern.²⁶

Die Art des Streits über Theorien und Denkschulen ist zudem um so weniger verständlich, als ohnehin eine Annäherung der theoretischen Schulen zu beobachten ist,²⁷ insbesondere auch in der allgemeinen politikwissenschaftlichen Forschung.²⁸ Das folgende Beispiel mag die theoretischen Fortschritte wie Defizite und die Annäherung der Theorieschulen verdeutlichen: Ein Mangel zahlreicher älterer Untersuchungen über die Desintegrations- und Zerfallsprozesse in der UdSSR und

Simon: Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B52–53 (Dezember) 1992, S. 32–38.

²⁴ Vogel, *Neue Aufgaben* [Fn. 13], S. 79.

²⁵ Siehe Assen Ignatow: *Osteuropaforschung: Fehler der Vergangenheit aufarbeiten*, in: *Osteuropa*, 10/11, 1997, S. 1099–1114.

²⁶ Der Autor hat z.B. wiederholt die Rolle und den Einfluß des sowjetischen bzw. heute russischen Militärs (im Rahmen der Partei-Militär-Beziehungen) auf Innen- und Außenpolitik sowie die zahlreichen Wechselwirkungen zwischen Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik analysiert – so u.a. in: *Die Evolution des Warschauer Paktes als außen- und militärpolitisches Instrument sowjetischer Sicherheitspolitik 1955–91. Militärische Integration und politische Institutionalisierung des Warschauer Paktes im Kontext der Partei-Militär-Beziehungen, der Entwicklungen der Militärdoktrin und -strategie der UdSSR sowie der sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen*. Inauguraldissertation, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dezember 1995. Hierbei spielte beispielsweise das Informations- und Expertenmonopol des sowjetischen Generalstabes mit weitreichenden Auswirkungen auf die Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik der UdSSR eine zentrale Rolle.

²⁷ Vgl. Dieter Segbert: *Die Transformationsanalyse Osteuropas. Denkanstöße, theoretische Fortschritte und Defizite*, in: *Internationale Politik*, 8/1996, S. 29–35. – Thomas Bremer/Wim van Meurs/Klaus Müller: *Vorwärts in die Vergangenheit? Zur Zukunft der Osteuropaforschung*, in: *Osteuropa*, 4/1998, S. 413ff.

²⁸ Vgl. z.B. Erhard Forndran: *Wider eine eindimensionale Argumentation. Eine Antwort auf die Replik von Alexander Siedschlag*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 4/1997, S. 74.

in ihrem strategischem Vorfeld resultiert aus dem Umstand, daß zwar eine Reihe von Parametern für die „stagnierenden“ innenpolitischen Entwicklungen der sozialistischen Staaten analysiert wurden, aber weniger die äußeren Einflußfaktoren und ihre jeweiligen Rückwirkungen in Staat und Gesellschaft der osteuropäischen Staaten. Dies gilt vor allem für das spezifische Zusammenwirken von innen- und außenpolitischem Modernisierungsdruck durch die Auswirkungen des Informationszeitalters und der weltweiten Revolutionen der Kommunikationstechnologien (globale Entwicklung und Verbreitung von Personalcomputern, Fernseh- und Hörfunkprogrammen, die zunehmend über Satellit ausgestrahlt wurden, und von Videocassetten als auch anderen Informationsträgern), die bereits ab Mitte der 1970er Jahre erkennbar waren und denen sich alle Industriegesellschaften zu stellen hatten.²⁹ Sie mögen erklären, warum sich der Zusammenbruch der Sowjetunion erst Ende der achtziger Jahre und nicht bereits in den beiden vorhergehenden Dekaden vollzog.³⁰ Sie erlauben des weiteren die strukturellen Dysfunktionen und zahlreichen Schwächen des sowjetischen Gesellschaftsmodells in besonderer Weise offenzulegen und das Ausmaß des systemgefährdeten Charakters dieser Revolutionen im Verlauf der 1980er Jahre zu erklären.

In diesem Sinne gewinnen auch die Worte des ehemaligen sowjetischen Außenministers und heutigen georgischen Staatspräsidenten, **Éduard Ševardnadze**, einen tieferen Sinn, wenn er in seiner Monographie von 1991 erklärte: „Die neuen Technologien stellen andere, höhere Anforderungen an die Persönlichkeit. Sie verlangen mehr Freiheit und mehr Verantwortung.“³¹ Während eine Reformwilligkeit der politischen Führungen auch vor Gorbačev kaum negiert werden konnte, so war in der Tat die Frage nach der Reformfähigkeit des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems völlig anders zu beantworten.

Vieles spricht daher dafür, daß weder die westliche Politik der „Stärke“ (Nachrüstung, SDI usw.) noch die der „Entspannung“ der eigentliche Impetus für den Reformkurs Gorbačevs war, der dann zu einer Abkehr der Konfrontationspolitik mit dem Westen und zum späteren Zusammenbruch geführt hat, sondern die mangelnde sozio-ökonomische sowie politische Wettbewerbsfähigkeit. Dies bestätigt die Attraktivität und Überlegenheit des westlichen Systems, welches aus unterschiedlichen Gründen sehr viel besser auf die neuen internationalen Herausforderungen reagieren konnte.

Dies heißt natürlich nicht, daß die westliche Politik in den 1970er und 1980er Jahren keinen positiven oder negativen Einfluß auf Entscheidungen der jeweiligen Moskauer Führung hatte. Dennoch war hierbei auch die bereits angeführte „konspirative Grundstruktur“ des politischen Regimes und des sozio-ökonomischen Gesellschaftsmodells zu beachten, wie auch von russischen Experten seit Ende der 1980er Jahre wiederholt eingestanden worden war. So charakterisierte Aleksej Arbatov, einer der profiliertesten außen- und sicherheitspolitischen „Institučiki“ in der Gorbačev -Ära, das „realsozialistische“ Gesellschaftsmodell im Jahr 1991 einmal als „drei Säulen einer belagerten Festung“ (damit meinte er die „hypertrophe Kommandowirtschaft“ mit dem „gigantischen Militär-Industriellen-Komplex“, das „totalitäre politische Regime“ und den „unitären Staat“). Dabei wies er auch auf den unauflösbaren Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik hin, wonach „dieser wirtschaftlich-politisch-nationale Monolith nur in einem bestimmten Umfeld existieren“ konnte: „in der ‚feindlichen imperialistischen Umkreisung‘, im Zustand der permanenten militärischen und ideologischen Konfrontation mit der Umwelt“.³² Berücksichtigt man vor diesem Hintergrund die jeweiligen Analyse-Ebenen von innen- sowie außenpolitischem Modernisierungsdruck und differenziert zwischen den Analyse-Ebenen von Reformwilligkeit und Reformfähigkeit, so wird die Erklärungsreichweite der jeweiligen theoretischen Denkschulen ebenso deutlich wie die daraus resultierenden Annäherungen der Theorieschulen.

²⁹ Eine Umfrage unter sowjetischen Bürgern Mitte der 1980er Jahre ergab, daß 96 Prozent der mittleren Bildungsschichten der UdSSR mit einer gewissen Häufigkeit ausländische bzw. westliche Nachrichtensendungen hörten – vgl. J.R. Miller/P. Donhowe: Life, Work, and

Politics in Soviet Cities, in: Problems of Communism, Jan./Feb. 1987, S. 53.

³⁰ Siehe hierzu insbesondere die Analyse von Daniel Deudney/G. John Ikenberry: The International Sources of Soviet Change, in: International Security, 3 (Winter) 1991/92, S. 74–118.

³¹ E. Ševardnadze: Die Zukunft gehört der Freiheit. Hamburg 1991, S. 314.

³² Aleksej Arbatov: Tri stolba osadždennoj kreposti, in: Novoe vremja, 16/1991, S. 28.

Die Untersuchung relevanter Fragen wie des spezifischen Zusammenwirkens von innerem und äußerem Modernisierungsdruck auf den konkreten Zusammenbruch der mittel- und osteuropäischen Gesellschaftssysteme ist bisher erst in Ansätzen gelungen. Auf diesem Feld ist noch viel Forschungsarbeit für die deutsche Osteuropaforschung (auch gegenüber zahlreichen amerikanischen Analysen) zu leisten – gerade auch wegen ihrer bisherigen weitgehend institutionellen Trennung zwischen Osteuropaforschung und Sozialwissenschaften in Deutschland.³³ Dies ist um so notwendiger, als diese Faktoren für die gegenwärtigen Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten ebenfalls von zentraler Bedeutung sind.³⁴

Für die zukünftige Theoriediskussion gilt es vor allem auch das eigene Wissenschaftsverständnis selbstkritisch zu überprüfen. Theorien und Theorieentwicklung sind letztendlich immer auch von der politischen Realität abhängig.³⁵ Hier bestätigt sich einmal mehr, daß die Wirklichkeit der Theoriebildung häufig voranschreitet und das menschliche Bewußtsein Schwierigkeiten hat, die komplexen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse allumfassend zu erklären und diese in eine möglichst aussagekräftige Theorie zu kleiden. Jede sozialwissenschaftliche Theorie hat ihre Grenzen und ist nur bedingt in der Lage, die soziale Wirklichkeit in ihrer rezipierten Vielgestaltigkeit widerzuspiegeln.³⁶

Daher mag zuweilen eine Rückbesinnung auf das eigentliche Wissenschaftsverständnis notwendig sein, das die Widersprüchlichkeit und Mehrdimensionalität der sozialen Wirklichkeit und vieler internationaler Ereignisse nicht in ein theorielogisches Korsett monokausaler Erklärungsversuche zu zwingen versucht und so dem Ausklammern relevanter Gesichtspunkte, alternativer Erklärungsversuche und Theorien sowie der Errichtung von Tabus tendenziell Vorschub leistet.³⁷ Denn diese erschweren nicht nur den wissenschaftlichen Diskurs mit der Tendenz, eine gewisse Sprachlosigkeit zu erzielen, sondern führen die ursprüngliche „Idee der Universität“ als eine Art „Kommunikationsgemeinschaft“ im Sinne der Ideen Humboldts geradezu ab absurdam. Von daher ist der Theoriestreit zumindest in seiner Dogmatik oft wenig verständlich und – von außen betrachtet – oft auch „typisch deutsch“.

Für die Zukunft der Osteuropaforschung gilt insbesondere aber auch, daß verstärkt die Auswirkungen von Globalisierung, Internationalisierung und transnationalen Akteuren auf die mittel- und osteuropäischen Länder untersucht werden müssen. Darüber hinaus müssen alle Regionalwissenschaften mehr denn je über ihren Tellerrand hinausblicken. Mit dem Zusammenwachsen von geopolitischen Großräumen – wie z.B. Südosteuropas, Zentralasiens und Ostasiens unter Berücksichtigung von energie- und damit auch eng verknüpften sicherheitspolitischen Faktoren – sollten die unterschiedlichen Regionalwissenschaften aufeinander zugehen und gemeinsame Forschungsprojekte sowie Konferenzen organisieren. Hierbei ist auch ein erweitertes interdisziplinäres Verständnis zwischen den verschiedenen Regionalwissenschaften und „area studies“ dringend erforderlich, was sich dann hoffentlich nicht nur in verbalen Appellen erschöpft.

Politikwissenschaftliche Forschung zu den internationalen Beziehungen und der Außenpolitik eines Landes bezieht sicherlich seine Legitimation nicht primär aus der Funktion, daß sie sich ausschließlich in den Dienst von Regierung und Parlament stellt. Die Knüpfung von persönlichen und institutionellen Kontakten, der Aufbau von transnationalen Netzwerken zwischen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern auf internationaler Ebene fördert so das prinzipielle Verständnis für den anderen und bildet einen gemeinsamen „Markt für Ideen“ im voroffiziellen

³³ Hierzu siehe noch einmal Bremer/Meurs/Müller, Vorwärts in die Vergangenheit? [Fn. 27], S. 413ff.

³⁴ Vgl. Segbert, Transformationsanalyse [Fn. 27], S. 31ff.

³⁵ Vgl. Forndran, Argumentation [Fn. 28], S. 72.

³⁶ Eine angenehm selbstkritische Bilanz der Leistungsfähigkeit bestehender Theorieansätze findet sich bei Richard N. Lebow/Thomas Risse-Kappen (Eds.): *International Relations Theory and the End of the Cold War*. New York 1993. – Siehe auch Joachim Krause: *Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die weltpolitische Transformation*. München 1998, S. 12.

³⁷ Vgl. auch Becher, Praxisorientierte Forschung [Fn. 5], S. 14.

Raum, die später auch in die internationale Politik Eingang finden.³⁸ Diese Funktionen politikbezogener Forschung und der Beeinflussung der politischen Agenda sowie der breiteren Öffentlichkeit dient somit der internationalen Friedensfähigkeit auch dann, wenn die gestaltende Politik nicht direkt in diesen Prozeß des Aufbaus von „epistemic communities“ (Netzwerken von Fachleuten mit normativen Zielsetzungen und spezifischen politikrelevanten Fachkenntnissen auf internationaler Ebene) einbezogen ist.

Auch wenn der Autor in diesem Artikel für ein Aufeinanderzugehen von politikwissenschaftlicher Forschung und gestaltender Politik sowie Öffentlichkeit und Wirtschaft plädiert, so ist dies keine Einbahnstraße im Sinne eines einseitigen Beratungsverhältnisses. Vielmehr ist es, wie Klaus Becher (SWP) kürzlich zu Recht argumentierte, „ein Verhältnis der Partnerschaft mit dem Ziel gegenseitiger Unterstützung bei der Bewältigung des stetigen Lernvorgangs, den internationale Politik von jenen verlangt, die ihre Prozesse zu gestalten versuchen.“³⁹ Daher bedarf es der Annäherung von beiden Seiten, um ein wirklich neuartiges partnerschaftliches Verhältnis zum beiderseitigen Nutzen aufzubauen.

Dies gilt nicht nur für Forschungsinstitute, die unmittelbar politikbezogene Forschung leisten, sondern auch für die politikwissenschaftliche Forschung an den Hochschulen. Hierbei sollte man sich nicht von Besitzstandsdenken leiten lassen, sondern von der Notwendigkeit einer aktiven und kreativen Einflußnahme im eigenen langfristigen Interesse. Ein gewisser Neuanfang ist somit auf allen Seiten erforderlich – ohne freilich das bisher Positive über Bord zu werfen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Osteuropaforschung und ihre politikwissenschaftliche Ausrichtung.

³⁸ Vgl. ebd. S. 15.

³⁹ Vgl. ebd. S. 14.